

## **Stichpunkte Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden Oliver Stirböck (FDP) zum Haushalt 2009 – Sperrfrist: Redebeginn**

### **1. Bildung: Schwerpunkt und Grundlinie der Politik der Koalition**

Die Strategie der Koalition ist Bildung. Bildung. Bildung. Und immer an die Kinder denken. Dies ist nicht nur ein dummer Spruch. Sondern erwächst aus einer stadtstrategischen Analyse heraus. Offenbach wächst.

Mit dem Wachstum der Stadt wächst auch manches von dem, was man euphemistisch als „*Herausforderung*“ bezeichnet. Es sind handfeste *Probleme*, die keiner leugnen kann, der mit offenen Augen durch die Stadt geht.

Jungen Menschen, die keine Chancen sehen, in der Gesellschaft akzeptiert zu werden oder die nie von Ihren Eltern, die Chancen gezeigt bekommen haben, sehen auch keine Notwendigkeit sich an die Regeln der Gesellschaft und an der Gesellschaft zu beteiligen.

Und deshalb ist das Schulsanierungsprogramm so wichtig. Auch wenn der Regierungspräsident dieses genehmigt hat. Es geht bis an die Grenze dessen, was unsere finanziell arme Stadt zu leisten vermag. Es ist ein unheimlicher Kraftakt, der in den Jahren, in denen ich Politik in Offenbach verfolge, seines Gleichen sucht. Aber er ist nötig,

- um den jahrzehntelangen Substanzverlust aufzufangen,
- um die Schulen ganztagsfähig zu machen,
- um Fachunterricht nach aktuellen Standards durchzuführen,
- um eine attraktive Lernumgebung zu schaffen
- um die Stadt für junge Familien mit Kindern attraktiv zu machen und
- um aus den vielen jungen Menschen unserer Stadt Bürger zu machen.

### **2. Sparsame Haushaltsführung muss Leitlinie der Stadtpolitik bleiben**

Dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies aller Wahrscheinlichkeit der 22. Defizithaushalt seit 1986 sein wird. Darunter sind auch 16 Haushalte, die allgemein als „Sanierungshaushalte“ bezeichnet wurden. Lediglich 2 Haushalte waren mit positivem Ergebnis.

Dies zeigt, dass es keine Alternative zu höchster Sparsamkeit gibt. Die Schulsanierung ist eine gut begründete Ausnahme. Grundsätzlich muss aber weiter gelten, dass wir auch in Zukunft keine Nettoneuverschuldung eingehen werden. Wir müssen daher gemeinsam Kurs halten und aufpassen, dass die Ausnahme Schulsanierung nicht die Regel wird und jeder potenzielle Leuchtturm die Ausrede wird, um den Weg der sparsamen Haushaltsführung zu verlassen.

### **3. Zuschüsse zum Stadion im Rahmen der Grenzen der Nettoneuverschuldung – ansonsten: es muss sich rechnen**

Für die Liberalen war die vor knapp 1 Jahr begonnene Diskussion um die Verteilung der 20 Millionen Euro Mittel aus dem Landesausgleichsstock ein Sündenfall. Denn dieser Vorfall ist einmalig. Weil das Ganze so verwirrend ist, ist meiner Ansicht nach noch gar nicht die eigentliche Brisanz und Verantwortlichkeit für dieses Skandalon in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden.

Da haben offenbar führende Repräsentanten des Landes Hessen und der Stadt Offenbach zusammengesessen und den Kickers versprochen, ein neues Stadion zu bauen.

Statt einen Projektzuschuss zu gewähren, hat das Land der Stadt Offenbach – so wird es kolportiert – zu diesem Zweck einen höheren Zuschuss aus dem Landesausgleichsstock überwiesen. Also Landesmittel, die nach Landeshaushaltsverordnung dem Defizit ausgleich der Stadt dienen sollen und für solche Investitionen gar nicht genutzt werden dürfen. Dabei wies das Land den RP quasi an, beide Augen zuzudrücken.

Ich bin sehr froh, dass sich diese Koalition nach einer sicherlich quälenden Diskussion entschieden hat, sich der Logik einer Bananenrepublik zu entziehen.

Ich persönlich habe nichts dagegen, dass die Stadt für Stadion Bieberer Berg in vertretbarem Rahmen auch echte Zuschüsse gibt. Der vertretbare Rahmen heißt für mich im Rahmen der jährlich zur Verfügung stehenden Investitionsmittel, also jener rund 15 Millionen, die die Stadt außerhalb des Schulbaus ausgeben kann, ohne in die Nettoneuverschuldung zu gehen.

Mögliche Maßnahmen für das Stadion müssen dann in den „Verteilungskampf“ mit anderen Investitionen wie Straßenunterhaltung, Maßnahmen für die Feuerwehr, Parks, Spielplätzen, Hochwasserschutz und Plätze treten.

Darüber hinaus müssen etwaige Maßnahmen für das Stadion Bieberer Berg sich wirtschaftlich rechnen.

Die Liberalen warnen vor den Rückfall in eine Wunsch-Dir-Was-Politik der 70er und 80er Jahre. Der Bruder der Ausgabekitis ist die Versprecheritis. Wer meint es reiche mit dem Füllhorn durch die Lande zu laufen und allen Orts Ausgabe Versprechungen zu machen, irrt gefährlich - er wird nicht gewählt werden und bringt die Stadt auf Irrwege. Gute Kommunalpolitik ist mehr als die Erfüllung der Summe der Wünsche Einzelner.

#### **4. Qualität und Stadtentwicklung**

Wenn wir mit den knappen Mitteln in die Stadtentwicklung investieren, dann tun wir das vor allem dort, wo wir die größten Multiplikatoreffekte erwarten, also wo wir erwarten, dass dies auch andere Investitionen zur Folge hat, wo dies den öffentlichen Raum aufwertet, wo dies die Qualität der Stadt stärkt.

- Wir intensivieren das Standortmarketing der Stadt Offenbach, um auch Zielgruppen, wie die wachsende die Kreativwirtschaft anzusprechen.
- Wir investieren in Plätze wie den Wilhelmsplatz, die eine große Sichtbarkeit haben.
- Wir schaffen schnelles Planungsrecht für das KOMM
- Wir entwickeln den Hafen weiter.

## **5. Haushaltsausgleich bleibt das Ziel**

Der Haushaltsausgleich ist angesichts der soziostrukturellen Situation der Stadt schwierig dauerhaft zu erreichen,

Aber alle Maßnahmen der Politik – Schulsanierung, Stadtentwicklung - müssen weiterhin das Ziel haben, die Struktur zu verbessern, zur Gesundung der Stadt beizutragen und damit mittelfristig den Haushalt auszugleichen.

Wir müssen nicht das Geldausgeben lernen. Politik in Offenbach muss weiter sparsam wirtschaften. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, weiter das Einnehmen zu lernen. Das heißt wir müssen weiter die Stellschrauben drehen, damit sich die Einnahmen erhöhen. Vom Hafen bis hin zu einer sympathischen Positionierung als Kreativstadt.

Genauso wie die Politik in Offenbach sparen muss, genauso wie die Politik in Offenbach weiter an einer qualitätsvollen Stadtentwicklung arbeiten muss, genauso darf sie nie ihr Ziel aufgeben, sich mittelfristig am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.